

„Altlasten“

Rede des Fraktionsvorsitzenden der UWG IFI
zum Haushaltsplan der Stadt Ibb für das Haushaltsjahr 2019
- Es gilt das gesprochene Wort -
Ludger Bitter

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn mich draußen die Natur mehr als **winterlich stimmt**, gilt dies auch für mein politisches Innenleben und unsere Altlasten.

Schau ich heute in den relativ leeren Zuhörerraum, bin ich schon enttäuscht, dass sich von rd. 54 T Ibb auch in diesem Jahr nur so wenige BürgerInnen Zeit nehmen und Interesse dafür zeigen, mit welchen Vorgaben der Hh 2019 hier im Rat der Stadt Ibb verabschiedet wird.

Meines Erachtens ist gerade der städtische Hh ein für den Bürger entscheidend wichtiges Thema, von dem letztendlich alle betroffen sind.

Heute wird über einen Hh von rd. 139 Mio. € entschieden: mit einem Gewerbesteueraufkommen von unfassbaren 39 Mio. € und ein Rücklagenkonto von rd. 25 Mio. €; **dennoch ist ein vermeintliches Defizit von rd. 700 T€** zu verzeichnen. Um den Hh auszugleichen, müssen daher die Investitionen auch aus haushaltstechnischen und zeitlichen Gründen auf max. 20 Mio. € begrenzt werden. Dies, meine Damen und Herren, sind Zahlen, **die grundsätzlich beruhigen**.

Und noch ein grundsätzliches Wort, weil sich das Thema mit konstanter Regelmäßigkeit hier jährlich wiederholt: Die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes ist nun doch reichlich lange her. Es nützt nichts, Herr Bgm, Herr Burlage, darauf zu verweisen, wie gut es uns doch ginge, **wenn die Welt noch wie früher wäre**. Sie ist es nicht **und es war inzwischen reichlich Zeit**, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen.

Als die Verwaltung dem Rat im März mitteilte, dass beschlossene Projekte aus 2017 für weit über sechs Mio. € aus welchen Gründen auch immer letztendlich nicht umgesetzt wurden, **lässt einen dies noch mehr frösteln**, nämlich gerade dann, wenn **ALT-Projekte darunter sind**, die die Ausgabenseite senken würden.

Nennen will ich hier nur einen Punkt, und das ist unser Altantrag, die Straßenbeleuchtung auf LED umzurüsten. Hier waren im Hh **noch rd. 160 T€ vorhanden**. Mit diesen Investitionen in die LED - Technik lassen sich die laufenden Betriebskosten beachtlich senken und unsere Grundsteuerzahler würden letztendlich davon profitieren. **Als Stadt vergeben wir viele Aufträge an externe Unternehmen**. Warum nicht auch die Umrüstung auf LED, wenn denn die eigenen Kapazitäten nicht reichen? **Unabhängig davon sind wir der Auffassung, dass hier um eine weitere h/Tag die Beleuchtungszeit zu kürzen ist**.

Der Hh 2019 wird mit einem vermeintlichen Defizit eingebracht, obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und sprudelnden Steuerquellen ein anderes Ergebnis voraussetzen dürften.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, gebührt unserem bibb ein Dank, denn mit rd. 100 T€ unterstützt er auch diesen Hh erneut.

Auch bei unvorhergesehenen Sonderausgaben im laufenden Hh gab es immer wieder Töpfe, aus denen Projekte überraschend locker finanziert werden konnten.

Dass ein verantwortungsvoller Kämmerer mit Zwischenböden arbeitet, aus denen er notfalls diese **erstaunlichen Summen** für die Finanzierung von Projekten aus dem Hut zaubert, ist beachtenswert und überrascht mich jedes Mal. Mal sehen, welche Zwischenböden sich im nächsten Jahr für den Hh 2020, also vor der Kommunalwahl, noch auftun.

Neue Ideen für die Zukunft und ein Bemühen, Ausgaben zu senken, kann ich allerdings auch in diesem Hh wieder nicht finden. Nennen will ich hier nur unseren Altantrag, den **Hh-Ansatz für Gutachterkosten zu senken**.

Vom Bgm hört man als Antwort auf unsere Forderung nach mehr Eigenleistung nur: „Ich habe zu wenig Personal“.

Nichts Neues also. Laut Pressemitteilung hat die Stadt insges. rd. 750 Beschäftigte. Dem Ruf des Bgms nach mehr Personal kann ich bei dieser Mitarbeiterzahl nicht folgen. Dazu, dass Sie, Herr Bgm, dem Kreis vorwerfen, **seine Personalkosten seit 2013 extrem erhöht zu haben**, kann ich nur sagen: Dann schauen Sie bitte mal in unsere prozentuale Personalkostenentwicklung seit 2013, die erheblich höher liegen dürfte.

Unabhängig davon wurde ein überzeugendes Personalkonzept, wie von der UWG IFI in den Jahren 2010/2012 beantragt (und zwar mit der Zielvorgabe, dies bis 2014 vorzulegen), **bis heute dem Rat nicht übermittelt**. Die Verwaltung verfährt hier wie der Igel beim Liebesleben: nämlich möglichst wenig bewegen, obwohl es hierzu immer noch einen **gültigen einstimmigen Ratsbeschluss gibt**, die Mitarbeiterzahl zu senken. Dies wurde bis heute von der Verwaltung nicht umgesetzt. Auch die Richtlinien bez. Sportförderung - **Stand 2003** – sind laut Ratsbeschluss ständig anzupassen und fortzuschreiben.

Da stellt sich mir die Frage: Welche Rechtsgültigkeit haben einstimmige Ratsbeschlüsse? Die zwei vorgenannten sind jedenfalls **von der Verwaltung eingefroren worden**.

Ich wiederhole hier meinen Standpunkt der letzten Jahre, dass das Geldsäckel der Stadt ibb, **es sei denn aus sozialen Gründen**, weiterhin nur in zwingenden Fällen geöffnet werden sollte; dazu zählen grundsätzlich auch freiwillige Leistungen. **Für eine Unterstützung** der zwei Alt-Anträge meiner Fraktion **aus sozialen Gesichtspunkten** – die ibb-Tafeln und das Hospiz betreffend – **gab es hier keine Zustimmung**. Um das zu verstehen, braucht man wohl ein anderes, sozialpolitisches Verständnis.

Auch **in diesem Hhs-Jahr** wiederholen sich **die positiven finanziellen Vorzeichen**, und ich wiederhole hier mit Worten der Grünen **meinen populistischen Vorschlag aus dem letzten Jahr**, die Grundsteuer B wieder zurückzufahren, um dadurch letztendlich eine breite Entlastung zu erreichen, **die allen Grundeigentümern und allen Mietern zugute käme**, denn die können eine Entlastung ihres Hhs nach X Grundsteuererhöhungen – **ibb liegt mit 100 Punkten über dem fiktiven Hebesatz** - dringendst gebrauchen.

Unser Vorschlag ist also den Gegebenheiten unseres Hhs auch in diesem Jahr angepasst. Erst recht, wenn man bedenkt, dass die letzte Erhöhung laut Verwaltung auf Grund **eines vermeintlichen Minus von rd. 2 Mio. € erfolgte**, tatsächlich aber **ein dickes Plus von 6 Mio. €** vorhanden war. Da frage ich mich auch hier: Wie ist das möglich?

Saerbeck meine Damen und Herren, **hat seine Grundsteuer B** auf Grund seines Hhs bereits wieder zurückgefahren. **Und was machen WIR, bei einem Rücklagenkonto von 25 Mio. €?**

Selbst die FDP hat sich in einem Pressebericht von Februar 2018 sowie **die Linken** von September unserer populistischen Forderung **nach einer Steuersenkung angeschlossen.**

Nur die mitregierenden Grünen sind noch der Meinung, dass der Bürger genug Geld hat **und sich gerne bei diesem Rücklagenkonto in die Tasche fassen lässt.**

Da lob ich mir dann allerdings, dass die Grünen wenigstens ausdrücklich dafür sind, die letzte kleine GRÜNE INSEL – sprich Helderemann Park - in der Innenstadt u. a. mit traumhaften Penthouse-Wohnungen zu bauen zu lassen; denn dies bedeutet ja keinen Flächenverbrauch.

Nach Grünen-Worten bleibt ja noch genug Grünfläche übrig und der zunehmende morgendliche Zubringerdienst durch die Eltern für den für zehn Jahre geplanten Kindergarten wird ja nicht so schlimm werden, **dafür ist in diesem groß geschnittenen, innerstädtischen Verkehrsbereich ja genug Platz.**

Ich bin jetzt 31 Jahre hier im Rat, aber eine Vorlage wie im NÖ-Teil in der Ratssitzung zu diesem Thema im Mai, habe ich hier wohl noch nicht gelesen! Was soll's, **für Puderzucker** muss es ja auch Abnehmer geben.

Einen Lichtblick in der heutigen Ratssitzung sehe ich darin, dass sich die Arminia und die Nachbarn **in gemeinsamen Gesprächen** über den Umbau des Stadions einigen konnten und letztendlich beide davon profitieren.

Ein weiterer Lichtblick, den ich in diesem Hh sehe, betrifft das über 150 T€ Gutachten von Rödel & Partner, **das seinerzeit mehrheitlich lobend** hier im Rat verabschiedet wurde und **1 zu 1 ohne WENN und ABER umzusetzen ist** - diese Auflage hat nun **die ersten Frostbeulen bekommen**, denn jetzt kommen endlich auch **die 1 zu 1 Verfechter** dieses Gutachtens zu der Einsicht und sind froh darüber, **von diesem Papier abweichen zu dürfen**; so im Hauptausschuss im März und September geschehen. Im Bereich Stadtbücherei, Musikschule und Gebäudereinigung waren dies die ersten Schritte; mal sehen, welche noch kommen - denn **die vorhergesagten hohen Einsparungen in diesem Bereich durch das Gutachten sind Schnee von gestern.**

Ein ebenso wichtiges Thema betrifft die Innenstadtentwicklung, verehrte KollegenInnen, hier muss mehr passieren und schneller.

Hier will ich nur eine Altbaustelle nennen: nämlich Magnus.

Ich wünsche uns, dass das Projekt Magnus mit größtmöglicher Offenheit vorangebracht wird.

Ich gehe weiterhin davon aus, **dass die definitive Zusage des Bauherrn gilt**, nämlich das Projekt ohne Wenn und Aber, **1 zu 1, wie im April 2017 vorgestellt, in einem Rutsch** umzusetzen - und dies in Zusammenarbeit mit dem Nachbarn, sprich im Einklang mit dem Bodelschwingh-Areal, um auch städtebauliche Akzente zu setzen.

Da nehme ich jetzt nicht nur die Verwaltung, sondern insbesondere auch den Bauherrn in die Verantwortung.

Das Magnus-Gelände, verehrte RatskollegenInnen, ist aber mittlerweile wohl wieder in seinem Dornröschenschlaf versunken; und zurzeit findet sich wohl keiner, der es wieder wachküsst.

Ich hoffe aber, dass der Schlaf nicht so lange dauert wie beim Vorgänger, denn der hat seinerzeit auch versprochen, dass sein Projekt 1 zu 1 in einem Guss hergestellt wird. **Man muss auch wohl hier wieder ein großer Optimist sein.** Mit der nächsten Baustelle CA Brüggen kommt die nächste Problemecke auf uns zu.

Bez. Keplerhalle hat eine weitere Altbaustelle vor Gericht ihr Ende gefunden. **Das, was die Verwaltung uns seinerzeit im Brustton der Überzeugung verkauft hat**, nämlich die 200 T€ einzusparen, entbehrte jeder sachlichen Grundlage und kostet uns jetzt richtig viel Geld.

Der Rat muss sich aber auf die Aussagen der Verwaltung verlassen können, verehrte KollegenInnen.

Wir lernen daraus, dass wir bei solchen Stellungnahmen der Verwaltung mehr als kritisch reagieren und hinterfragen müssen, **wie wasserdicht und ehrlich solche Aussagen der Verwaltung sind**, damit wir keine weiteren unnötigen Rückschläge vor den Gerichten erleiden müssen. Und um dazu die Möglichkeit zu haben **und auch externe Expertise einholen zu können**, reichen eben die **Fraktionszuwendungen** nicht aus, besonders für die kleinen Fraktionen.

Zum Stichwort wasserdicht: Sie wissen alle, dass es in mir gehörig brodelt, bei unserem Aaseebad nicht sichtbar weiterzukommen, **denn das Millionenloch lässt die roten Zahlen Jahr für Jahr größer werden.**

Getan hat sich grundsätzlich auch in diesem Jahr bei den **Altlasten Aaseebad und Holsterkampbad** so gut wie gar nichts - außer, dass es **überraschend viele unvorhergesehene** teure Reparaturarbeiten und somit Stillstand bei den Altlasten gab. Den Durchbruch wird der Bgm wahrscheinlich passend vor der Kommunalwahl verkünden.

Als Negativerfolg können wir in diesem Jahr hier nur eins verzeichnen: nämlich, dass wir die 11 Mio. € Zuschussgrenze **seit unserem Antrag** „Neubau eines Kombibades“ wohl erfolgreich überschritten haben.

Sei's drum: Die 12 Mio. € Grenze wird die Ratsmehrheit auch noch im alten Bad versenken.

In meiner Hh-Rede im letzten Jahr, aber auch bereits in meinen Hh-Reden 2016 und 2013 habe ich darauf hingewiesen, **dass von der Landesregierung bez. Kohleausstieg hier in ibb trotz großer Versprechen von oberster Stelle nicht viel ankommen wird**, sondern das meiste wohl im Ruhrgebiet hängen bleibt.

SPD-Landtagsabgeordneter Sundermann hat in einer Pressemitteilung von Februar 2018 seine Enttäuschung darüber kundgetan, **dass ibb wohl bis 2030 diesbezüglich nicht berücksichtigt wird.**

Angesichts dieser Mitteilung in der IVZ ist mir beim Lesen fast die Kaffeetasse aus der Hand gefallen.

Ich frage mich: Wieso stellt der Landtagsabgeordnete das erst jetzt fest, wenn meine Fraktion seit 2013 bereits mehrfach darauf hingewiesen hat und nicht im Landtag vertreten ist.

Man muss halt schauen, zu welchem Zeitpunkt man auf welcher Seite steht, denn die Wahlen rücken ja näher.

Hier im Rat kann man das bei SPD-Anträgen verfolgen, denn geht deren Antrag mal nicht durch, enthält sich der Bgm, da er ja schließlich nicht auf der Verliererseite sitzen will.

Kommen wir wieder zu unseren haushaltstechnischen Problemen, denn davon haben wir genug. **Ich weiß, dass etliche Anträge meiner Fraktion Anlaufzeiten von Jahren haben können.** Nennen will ich hier unseren Antrag „Neubau der Feuerwache in Laggenbeck“ aus 2014. Laut Verwaltung soll jetzt schon in 2019 statt in 2018 begonnen werden, damit wohl kurz vor der Kommunalwahl das Feuerwehrhaus in Betrieb genommen werden kann, **und bei der Fläche für die Aaseeentschlammung versinken die Hunderttausende weiterhin nur so im Schlamm.**

Kopferbrechen bereiten mir vielmehr die Probleme bez. Sanierung städtischer Anlagen, wie die Verwaltung dies in einem Pressebericht von Mai jetzt kundtat.

Denn Finanzprobleme in den vergangenen Jahren haben **nur eine Funktionserhaltung von städtischen Anlagen zugelassen**, so die Verwaltung.

Das muss man sich schon auf der Zunge zergehen lassen: „**Funktionserhaltung**“ - oder hängt dies mit der westfälischen Sparsamkeit zusammen, die hier Einhalt zu gebieten vorgab?

In 2013 hat meine Fraktion beantragt, ein Konzept zu erstellen, wie der vor uns liegende, zunehmende Sanierungs- und Unterhaltungsstau von öffentlichen Einrichtungen und Straßen **in unserer Stadt in den nächsten sechs Jahren** in Angriff genommen werden soll.

Die sechs Jahre sind so gut wie um, **und auch dieses Konzept liegt selbstverständlich bis heute nicht auf dem Tisch.** Beruhigend ist, dass die Verwaltung das Sanierungsthema **tatsächlich jetzt schon aufgreifen will.** Das nenne ich zeitnahe Umsetzung.

Wenigstens ein lobenswerter Ansatz; ansonsten finde ich in diesem Hh nämlich so gut wie keinen, und die Umgestaltung des Neumarktes gehört erst recht nicht dazu, **außer, dass unser Altantrag bez. Versetzen des Denkmals nach Jahren nun tatsächlich umgesetzt werden soll.**

Zum Schluss eine Anmerkung zu den Jahresabschlüssen: Ich habe in den letzten Jahren regelmäßig angemahnt, doch bitte die gesetzliche Zeitvorgabe „Einbringung der Jahresabschlüsse“ einzuhalten. Jetzt ENDLICH scheint unser Ruf in der Verwaltung angekommen zu sein.

Ihnen, meine Damen und Herren, wünsche ich gesegnete Feiertage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019.

GLÜCK AUF